



Elke Ferner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

Elke Ferner, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Deutscher Bundestag

PLH, Zi. 5737
11011 Berlin
Ansprechpartner/in:
Michael Matzke, Julia Lenfers
Irina Kroeske
Tel: (030) 227 – 70 660
Fax: (030) 227 – 76 660

Wahlkreis

Talstr. 58
66119 Saarbrücken
Ansprechpartnerin:
Sandra Blodau
Tel: (0681) 51060
Fax: (0681) 52207

Berlin, den 2. Juni 2005

Redeentwurf zum

**Antrag der CDU/CSU-Fraktion „Verschuldungsspirale stoppen –
Nachtragshaushalt und Haushaltssicherungsgesetz umgehend vorlegen“**

und zum

**Antrag der FDP-Fraktion „Prekärer Haushaltslage entgegentreten –
Nachtragshaushalt und Haushaltssicherungsgesetz vorlegen“**

Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede,

Ihre Anträge, die wir heute diskutieren, kann man unter die Überschrift stellen:

„Denn sie wissen nicht was sie tun“.

Von den CDU-Länderfinanzministern wird stets beklagt, dass sie kein Ausgabe- sondern ein Einnahmeproblem haben.

Die Pseudo-Haushaltsexperten im Bundestag sehen ein Ausgabeproblem und kein Einnahmeproblem.

Die gleichen Länderfinanzminister, die sich über fehlende Einnahmen beklagen, blockieren aber im Bundesrat seit Jahren den dringend notwendigen Abbau von Steuersubventionen.



Elke Ferner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

Diese Blockierer und die Opposition im Deutschen Bundestag sind dafür verantwortlich, dass allen öffentlichen Haushalten mittlerweile 17 Mrd. € Steuereinnahmen fehlen.

Heutige Anträge CDU/CSU und FDP

In Ihren Anträgen fordern Sie „same procedure as every year“ einen Nachtragshaushalt, Ausgabenkürzungen und ein Haushaltssicherungskonzept.

Konkrete Vorschläge bleiben Sie schuldig.

Offenbar sind diese Anträge in den Fraktionsgremien von CDU/CSU unter Abwesenheit Ihrer Fachpolitiker und Ihrer Fraktionsvorsitzenden beschlossen worden.

Wie sonst ist zu erklären, dass Ihre Fraktionsvorsitzende umfangreiche Steuersenkungen in Aussicht stellt?

Ihr sog. „Konzept 21“ führt zu Einnahmeausfällen in Höhe von rund 10 Mrd. €, in den ersten beiden Jahren sind es sogar 15 bis 16 Mrd. €.

Wie sonst ist zu erklären, dass der verkehrspolitische Sprecher Ihrer Fraktion 3 Milliarden € mehr Investitionen für den Verkehrshaushalt ankündigt?

Wie sonst ist zu erklären, dass trotz der Situation der öffentlichen Haushalte an einer Kopfpauschale festgehalten wird, die eine zusätzliche Belastung des Bundeshaushaltes von bis zu 23 Milliarden € mit sich bringt?

Wenn man die zahlreichen anderen Forderungen in Ihren diversen Anträgen mal außen vor lässt, summieren sich alleine diese 3 Ankündigungen schon auf einen Betrag von schlappen 41 Mrd. €.

Sie befinden sich mitten in einem finanzpolitischen Amoklauf und merken es noch nicht einmal.

Von uns fordern Sie Ausgaben zu kürzen und Sie selbst wollen noch mehr nicht vorhandenes Geld ausgeben.

Wenn Sie glauben, die Bevölkerung würde das nicht merken, habe Sie sich gründlich getäuscht!

In Ihrem Antrag fordert die CDU/CSU den allgemeinen Staatsverbrauch z.B. sächliche Verwaltungsausgaben sofort mit einer Haushaltssperre zu belegen.

Betrachtet man sich dieses grandiose Einsparvolumen stellt man folgendes fest: Das Volumen dieser sächlichen Verwaltungsausgaben beträgt: 7,7 Mrd. € für das ganze Jahr 2005.



Elke Ferner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

Unterstellen wir mal, dass in jedem Monat gleich viel ausgegeben wird, verbleiben davon knapp 7/12, das sind rund 4,5 Mrd. €. Hierbei handelt es sich aber nicht nur um Telekommunikationskosten, Porti o. ä., sondern auch um Mieten und Pachten, Aus- und Fortbildung der Beschäftigten, Dienstreisen usw.

Die tatsächlich erzielbare Einsparung dürfte sich somit in Grenzen halten.

Kürzungsvorschläge von Union und FDP:

Da Sie in Ihren Anträgen darüber hinaus ja keine eigenen Vorschläge zur Ausgabenkürzung machen, gleichzeitig aber mit dem Füllhorn durch das Land rennen, gehe ich davon aus, dass Sie an Ihren Vorschlägen, die Sie bei der letzten Haushaltsberatung gemacht haben und die jetzt von allen möglichen sog. „Spitzenpolitikern“ gemacht werden, weiterhin festhalten.

Um es vorweg zu nehmen: Diese Vorschläge sind von ganz besonderer Qualität:

1. Kürzung der Steinkohlebeihilfen um 1,645 Mrd. € (CDU/CSU + FDP)

Dieser Vorschlag ist schlicht und ergreifend eine Luftnummer.

Erstens gibt es für 2005 einen rechtskräftigen Zuwendungsbescheid an die DSK.

Zweitens müssten an der Ruhr und an der Saar tausende betriebsbedingte Kündigungen ausgesprochen werden und im Zulieferbereich kämen noch einmal so viele dazu.

Das würde neben einer Mehrbelastung der Arbeitslosenversicherung und Einnahmeausfälle bei Krankenversicherung, Pflegeversicherung und Rentenversicherung auch Steuerausfälle mit sich bringen.

Die Kraftwerke könnten bei einem Förderstopp keinen Strom und keine Wärme mehr produzieren, weil sie gar nicht schnell genug Kohle importieren könnten, und wenn sie welche bekämen, müssten sie jeden Preis akzeptieren.

Auch in diesem Bereich wären zigtausende von Arbeitsplätzen gefährdet.

Wenn das Ihrem Motto „Vorfahrt hat, was Arbeit schafft“ entspricht – kann ich nur sagen: Gute Nacht Deutschland!

2. Kürzung der Arbeitslosenhilfe um 1 Mrd. € und Kürzung des Bundeszuschusses an die BA um 1 Mrd. € (CDU/CSU) bzw. 350 Mio € (FDP)

Dieser Vorschlag ist ebenfalls eine Luftnummer.

Die Kürzung des Bundeszuschusses an die Bundesagentur für Arbeit hätte aber bei der Arbeitslosenhilfe gar nicht eingespart werden können, weil es sich um eine gesetzliche Verpflichtung gehandelt hat.



Elke Ferner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

Die Kürzung bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik würde zu einer drastischen Kürzung der aktiven Arbeitsmarktpolitik, vor allem in Ostdeutschland führen.

Wenn das ihre Vorstellung vom Aufbau Ost ist, weiß die ostdeutsche Bevölkerung, was sie von schwarz-gelb in Zukunft zu erwarten hätte.

3. Absenkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung um 1,5%-Punkte (CDU/CSU Pakt für Deutschland und Stoiber)

Diese Maßnahme würde Einnahmeausfälle bei der BA von 11 Mrd. € bedeuten. Das heißt konkret: eine Kürzung beim Arbeitslosengeld I oder Kürzung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

Derzeit stehen für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen 14,1 Mrd. € zur Verfügung. Das wäre eine Kürzung um fast 80%. Vielleicht wäre gerade noch genug Geld da, um noch Maßnahmen für Menschen mit Behinderungen aufrecht zu erhalten, vom Kurzarbeitergeld, der Förderung von Existenzgründungen, Qualifizierungsmaßnahmen oder Eingliederungshilfen müssten Sie sich ohne Rücksicht auf Verluste verabschieden.

Außerdem hätte diese Kürzung zur Folge, dass über kurz oder lang die Ausgaben beim Arbeitslosengeld II steigen würde, also den Bundeshaushalt und die kommunalen Haushalte zusätzlich belasten würde.

Wenn das Ihre Vorstellung von einer aktiven Arbeitsmarktpolitik ist, wissen nun auch die Arbeitslosen, diejenigen die von Arbeitslosigkeit bedroht sind und Kurzarbeiter, was Sie von Schwarz-Gelb zu erwarten haben.

Herr Stoiber will mit dem gleichen Geld die Lohnnebenkosten um 1,5%-Punkte senken. Das sind 0,75%-Punkte für Arbeitnehmer und Unternehmen.

Damit hätte ein Arbeitnehmer bzw. eine Arbeitnehmerin mit einem Einkommen von 2000 € eine Entlastung von monatlich sage und schreibe 15€. Hat er oder sie weite Anfahrtswege oder arbeitet er oder sie im Schichtdienst, wird aus dieser Entlastung eine Belastung, die um ein vielfaches höher liegt.

Die Handwerkerstunde würde sogar um 10 Cent inklusive Mehrwertsteuer billiger. Das wird dem deutschen Handwerk einen enormen Auftrieb geben.

Bei Ihnen herrscht überhaupt keine Klarheit, wofür diese Einsparung verwendet werden soll: für Einsparungen im Haushalt oder zur Gegenfinanzierung Ihrer Umverteilungsaktion von unten nach oben bei den Steuern.

Wenn dies Ihre Vorstellung von Entlastungen für die ArbeitnehmerInnen ist, wissen, die auch, was sie von Ihnen zu halten haben.



Elke Ferner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

4. Streichung der pauschalen Abgeltung versicherungsfremder Leistungen in der GKV (FDP)

Zunächst einmal muss festgestellt werden, dass dieser Vorschlag schlicht gesetztes widrig ist. Dieser Vorschlag hätte Beitragssenkungen bei der GKV verhindert. Oder wollten Sie damit etwa andeuten, dass Sie das Mutterschaftsgeld ersatzlos streichen wollen?

Die Vorstellungen der FDP von sozialem Zusammenhalt in unserer Gesellschaft sind damit auch offenkundig geworden.

5. Kürzung der Zinsausgaben um 2,3 Mrd. € (CDU/CSU) bzw. 1,9 Mrd. € (FDP)

Diese Vorschläge sind schlicht grober Unfug.
Eine weitere Erläuterung brauche ich dazu nicht zu machen.

6. Sonstige Pseudokürzungen

Sowohl CDU/CSU und FDP haben darüber hinaus noch weitere Vorschläge gemacht, z.B. **Absenkung der Förderung erneuerbarer Energien oder Kürzung der Forschungsförderung im Wirtschaftsressort.**

Wenn das Ihre Vorstellung von Stärkung der Zukunftsinvestitionen ist, kann man nur sagen, dass Sie in diesem Jahrtausend noch nicht angekommen sind.

7. Willkürliche Kürzungen der Verwaltungsausgaben

Die geforderte Einsparung von 1,9 Mrd. € wäre gar nicht zu realisieren gewesen, da z.B. im Verteidigungshaushalt oder im Innenministerium die Einsparungen fast nur beim Personal zu erbringen gewesen wären und zwar durch Kündigungen. Beim Bundesverfassungsgericht hätte ein kompletter Senat eingespart werden müssen.

All diese Vorschläge zeigen wes Geistes Kind Sie eigentlich sind:

Sie sind weder seriös – noch sind Sie ehrlich. Die Haushälter gaukeln Einsparungen vor, die gar keine sind, und ihre Fachpolitiker fordern munter weitere Ausgabenerhöhungen. Mit dieser Kompetenz könnten Sie noch nicht einmal bei einer Eisbären Dressur im Zirkus auftreten, geschweige denn unser Land regieren.



Elke Ferner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

Vorschläge Stoiber

Es gab darüber hinaus aber auch noch andere grandiose Vorschläge:

Der verhinderte Kanzlerkandidat Stoiber wollte mal eben pauschal in jedem Einzelplan 5% einsparen, insgesamt 12,5 Milliarden €.

Ich will nur an zwei Beispielen deutlich machen, was das konkret heißt:

- Im Bereich BMGS 4,2 Mrd. €
im Klartext heißt das Renten Kürzung oder Beitragserhöhung um 0,4 %-Punkte
- Im Bereich BMVBW 1,7 Mrd. €
im Klartext heißt das Kürzung der Investitionen und nicht Erhöhung

So in etwa würden die Folgen eines Haushaltssicherungskonzeptes von schwarz-gelb aussehen:

- Massive Kürzungen bei den Renterinnen und Rentnern, den Arbeitslosen und den Kurzarbeitern
- Massenentlassungen im Bergbau, bei den Zulieferern, im Kraftwerkbereich und im öffentlichen Dienst
- Kürzungen bei Verkehrsinvestitionen und Entlassungen in der Bauwirtschaft

Steuersenkungen

Ihre Amokfahrt scheint aber jetzt erst so richtig los zu gehen.

Obwohl kein Geld da ist, werden massive Steuersenkungen in Aussicht gestellt.

Natürlich nach dem bewährten Muster: viel für die Großen – wenig für die Kleinen.

Die allein erziehende Krankenschwester im Schichtdienst darf dann mit der Besteuerung ihrer Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge und der Kürzung der Pendlerpauschale die Steuerentlastung für den Chefarzt bezahlen.

Weil das alles nicht ausreicht, um den Spitzensteuersatz zu senken, wird plötzlich eine Mehrwertsteuererhöhung um 25% ins Gespräch gebracht - der weitere Abbau von Steuersubventionen ist aber immer noch kein Thema.

Selbst die FDP ist beim Thema Mehrwertsteuer von einem entschiedenen Nein schon bei einem zaghaften vielleicht angekommen.

Eine Mehrwertsteuererhöhung trifft ausschließlich die Konsumentinnen und Konsumenten kommt aber bei der Entlastung nur den oberen 10.000 zu Gute.



Elke Ferner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

Aber weil auch das noch nicht ausreicht, ist plötzlich die von Ihnen blockierte Streichung der Eigenheimzulage auch kein Tabu mehr. Wen das härter trifft, die Krankenschwester oder den Chefarzt ist wohl jedem klar.

Wir wollten anstelle der Eigenheimzulage mehr Geld für Zukunftsinvestitionen mobilisieren und nicht die Sparquote der oberen 10.000 erhöhen!

Das ist offenbar die neue soziale Marktwirtschaft à la Schwarz-Gelb.

Weil Ihnen das aber immer noch nicht sozial genug ist, soll auch noch der Kündigungsschutz de facto abgeschafft werden, der Jugendarbeitsschutz verschlechtert werden, die betriebliche Mitbestimmung und die Tarifautonomie eingeschränkt werden.

Die von uns eingebrachte Änderung des Entsendegesetzes wird von Ihnen abgelehnt, im Gegenzug wollen Sie Lohndumping ausweiten.

Ludwig Erhard würde sich im Grab umdrehen, wenn er wüsste, was die Union heute unter sozialer Marktwirtschaft versteht.

Neue Ehrlichkeit

Es ist auch von neuer Ehrlichkeit die Rede.

Was darunter zu verstehen ist, hat der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Glos deutlich gemacht:

er wird zitiert mit den Worten

„es werde sicher im Wahlprogramm eine Formulierung gefunden, die die Union einerseits ehrlich erscheinen lasse, die andererseits aber den notwendigen Spielraum für die Sanierung der Staatsfinanzen biete“.

Das meine Damen und Herren ist keine neue Ehrlichkeit – das ist alte Scheinheiligkeit!

Fazit

Sie hätten Ihre peinlichen Anträge am besten erst gar nicht gestellt oder wenigstens zurückziehen sollen.

Wissen Sie was das beste Haushaltssicherungskonzept ist, meine Damen und Herren von der Opposition?

Das beste Haushaltssicherungskonzept ist, wenn Sie in der Opposition bleiben.